

«Auf dem richtigen Weg»

Hitzige Bildungsdiskussion im Landtag – Bericht über Oberschule zur Kenntnis genommen

«Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir mit unserem schrittweise praktizierten, permanent aufeinander abgestimmten und proaktiven Handeln auf dem richtigen Weg sind.»

Manfred Öhri

Mit diesen Worten trat Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck im Landtag dem sarkastischen Vorwurf des VU-Abgeordneten Donath Oehri entgegen, die Regierung habe für die Oberschullehrer und Oberschüler rein nichts übrig und nehme deren Anliegen in keiner Weise ernst. Es sei reiner Zynismus, warf auch Regierungschef Otmar Hasler ein, wenn Donath Oehri dies aus dem Bericht der Regierung zu einer VU-Interpellation über die Zukunftsperspektive der Oberschule herauslese, der gestern zur Diskussion stand.

Donath Oehri: «Ein Trauerspiel»

Aufgrund der schwierigen Situation an der Oberschule bestehe dringender Handlungsbedarf, meinte der FL-Abgeordnete Paul Vogt, der gestern in erster Linie eine Lanze für die Lehrkräfte brechen wollte. Die Oberschullehrer seien überfordert, der Beruf für Liechtensteiner nicht mehr attraktiv. Daher seine Forderungen: gleicher Lohn wie Reallehrer, Entlastung bzw. Unterstützung durch Sozialarbeiter, vermehrte Zusammenarbeit mit Eltern, bessere Integration von ausländischen Kindern, Angebot von Ganztageschulen und eine Verstärkung des Bildungsurlaubs.

Donath Oehri bezeichnete die Interpellationsbeantwortung als «jämmerliches Trauerspiel»; viele Fragen seien nur allgemein beantwortet worden, die Schlussfolgerungen liessen zu wünschen übrig. Der einzig richtige Ansatz für eine Lösung sei, so der VU-Abgeordnete, der wissenschaftlich fundierte Bericht der früheren VU-Regierung zur Reform der Sekundarstufe.

VU-Reform ohne Mehrheit

Tatsache ist allerdings, dass diese Reformvorlage vor zwei Jahren im Landtag keine Mehrheit fand und die Beratung zudem von einem von der VU inszenierten Abstimmungsskandal (angeblich falsche Stimmenzählung) begleitet war, den der FDP-Abgeordnete Alois Beck gestern als «Null-Lösung» bewertete. Aus dem damaligen Bericht zitierte er gleichzeitig: «Ein offenes und durch die Reform nicht zu lösendes Problem bleibt die Integrati-



Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck zu den bildungspolitischen Zielsetzungen der FDP-Regierung: «Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine zielgerichtete Massnahmensetzung einer übereilten radikalen Strukturentscheidung vorzuziehen ist.» (Bilder: Brigitt Risch)

on von leistungsschwachen Schülern».

Die Vorlage wurde schliesslich zur Überarbeitung im Lichte der Debatte und zweier Anträge an die Regierung zurückgewiesen. Rund ein Jahr später, zum Zeitpunkt des Amtsantritts der neuen Regierung im April 2001, hätten keine weiteren Vorarbeiten der Regierung Frick vorgelegen, hielt Rita Kieber-Beck diesbezüglich fest.

Bewährte Dreigliedrigkeit

Die Bildungsministerin erinnerte daran, dass die Erhaltung und Optimierung des dreigliedrigen Schulsystems seit jeher erklärte Absicht der FDP gewesen sei. Die konsequente Fortführung dieser Zielsetzung habe sich in der geschlossenen Haltung der FDP in der damaligen Landtagsdebatte, im Wahlprogramm und in ihren eigenen Meinungsäusserungen gezeigt.

«Wir sind nach wie vor der Auffassung», erklärte Rita Kieber-Beck, «dass eine zielgerichtete Massnahmensetzung einer übereilten radikalen Strukturentscheidung vorzuziehen ist». Auch die in der Reform begründete Problematik der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz der Oberschule wäre der Bildungsministerin zufolge durch eine Strukturänderung und die Einführung einer Orientierungsstufe

keineswegs aus dem Weg geräumt.

Das dreigliedrige Schulsystem habe sich zweifelsohne bewährt. Vorhandene Defizite seien Schritt für Schritt konsequent auszumerzen; sie könnten auch ohne Strukturveränderung vollzogen werden. Diese Vorgehensweise sichere die Akzeptanz bei Lehrern, Schülern und Eltern in höherem Masse, meinte die Regierungschef-Stellvertreterin.

Massnahmen getroffen

Im Sinne der Beibehaltung und Optimierung der dreigliedrigen Schulstruktur sind von der jetzigen Regierung bereits diverse Massnahmen getroffen worden bzw. in Vorbereitung. Rita Kieber-Beck erwähnte gestern unter anderem die Überarbeitung des Lehrplans, der mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft tritt. Im Rahmen der Angleichung der Stundentafel seien dabei sprachliche und naturwissenschaftliche Fächer stärker gewichtet worden. Mit der im Juli 2001 genehmigten Verordnung über die Aufnahme sowie die Promotion und den Übertritt auf der Sekundarstufe I sei eine neue, flexible Lösung gefunden worden, welche die Durchlässigkeit und somit die Möglichkeit eines Schulartenwechsels auf allen Stufen

verbessere. Wie die Bildungsministerin weiter ausführte, wurden bereits auch Möglichkeiten einer engeren schulisinterne Zusammenarbeit in Angriff genommen. Leistungsstarke Oberschüler solle ab der 2. Schulstufe im Fach Mathematik ein Abschluss mit Realschulniveau ermöglicht werden.

Erhöhung der Berufschancen

Um in Zusammenarbeit mit Gewerbe, Industrie und Dienstleistungsunternehmen geeignete Massnahmen einzuleiten, die eine Erhöhung der Berufschancen von schwächeren Schülern zum Ziel haben, sollen laut Rita Kieber-Beck das Schul- und das Berufsbildungsamt sowie die Berufsberatungsstelle gemeinsam ein Lösungskonzept erarbeiten. Dieser Aspekt ist auch für den FDP-Abgeordneten Peter Lampert von Bedeutung. Nicht mehr die Etikette «Oberschule» solle im Vordergrund stehen, sondern die individuelle Leistungsfähigkeit des Schülers.

Um zur Image-Verbesserung und Erhöhung der Akzeptanz der öffentlichen Schulen beizutragen, habe sich die Regierung bereits Überlegungen über eine Aufweitung der Schulbezirke gemacht, so Rita Kieber-Beck abschliessend.

Ja zum Neubau für das Landesarchiv

Landtag genehmigt Verpflichtungskredit von 31,8 Mio. Franken für das Projekt

Das Landesarchiv hinter dem Regierungsgebäude wird durch ein neues funktionales Gebäude ersetzt werden. Für den Neubau mit zusätzlichen Verwaltungsräumen genehmigte der Landtag gestern Abend mit 22 Stimmen einen Kredit von 31,8 Mio. Franken. Der Abschluss der Bauarbeiten ist für Mitte 2007 vorgesehen.

Manfred Öhri

Ist ein Kredit in dieser Höhe für ein solches Objekt tragbar bzw. erforderlich, fragte sich der FDP-Abgeordnete Helmut Bühler. Angesichts der heutigen haarsträubenden Bedingungen und aufgrund des gesetzlichen Auftrages des Landesarchivs sei diese Frage eindeutig mit einem Ja zu beantworten.

Aufwertung des Areals

Um sich Entwicklungsspielräume für die Zukunft offen zu halten, regte Helmut Bühler überdies die Errichtung eines zweiten Untergeschosses sowie eine Aufstockung an. Der FL-Abgeordnete Paul Vogt, vor kurzem von der

Regierung zum neuen Landesarchivar bestellt, bemerkte dazu, dass eine allenfalls notwendige Erweiterung als Fortsetzung der Hangbebauung in Richtung Süden denkbar wäre. Der Neubau eröffne die Möglichkeit, die Funktionen eines Landesarchivs zu trennen, was schon aus sicherheitstechnischen Gründen erforderlich sei.

Die Notwendigkeit des Landesarchivs und damit die Schaffung entsprechender Räumlichkeiten war auch für die VU-Abgeordneten Ivo Klein und Ingrid Hassler-Gerner unbestritten. Zumindest leise beklagten sie sich dennoch über den hohen Kubikmeterpreis, der sich laut Regierungschef Otmar Hasler vor allem wegen der baulichen Situation (Hangbebauung, Felsuntergrund etc.) ergibt. Dorothee Laternser sorgte sich in erster Linie um die Folgekosten.

Nach Meinung des FDP-Abgeordneten Markus Büchel spricht nicht nur der feste Baugrund für den Standort, sondern vor allem die Möglichkeit zur Gestaltung eines würdigen Platzes zwischen Archiv- und Regierungsgebäude. Es biete sich die einmalige

Chance, so Büchel, mit diesem Zweckbau eine starke Aufwertung des ganzen Areals zu erreichen.

Grundlegende Mängel

Trotz einer baulichen Erweiterung und zwei Umbauten konnte beim Landesarchiv, 1961 als einfaches Gebäude für diverse andere Nutzungszwecke errichtet, bis heute keine funktional befriedigende und räumlich ausreichende Lösung erreicht werden. Die gesetzlich festgeschriebene Aufgabe kann in Zukunft nur noch erfüllt werden, wenn dringend benötigte zusätzliche Benutzer-, Arbeits- und Magazinräume erstellt werden. Die heute bestehenden Magazinflächen sind aufgebraucht und mit Blick auf die kommenden 20 Jahre zu verdoppeln. Ab Beginn 2003 müssen bereits Magazinräume zugemietet und die anfallenden Archivgüter auf mehrere Standorte verteilt werden.

Grundlegende Mängel, die in den vorhandenen Räumen nicht behoben werden können, sind nach den Ausführungen des Regierungschefs insbesondere die fehlende Kulturgüter-

Schutztauglichkeit der Magazinräume, die mangelnde räumliche Trennung der einzelnen Funktionsbereiche sowie die ungenügende interne Erschliessung. Die schwerwiegenden Defizite könnten selbst durch aufwändige Umbauten und Erweiterungen nicht beseitigt werden.

Eine von der Regierung in Auftrag gegebene Planungsstudie hatte zudem ergeben, dass eine Erweiterung der hinter dem Regierungsgebäude bestehenden Archivräume aufgrund der baulichen Gegebenheiten und der baurechtlichen Vorschriften nicht zielführend ist. Eine Erweiterung wäre rechtlich nur in Richtung Hang möglich. Dies sowie die Anpassung des Bestands würden laut Regierung jedoch zu unverhältnismässig hohen Kosten führen. Optimale Betriebsabläufe und eine ausreichende Sicherheit für das wertvolle Kulturgut könnten daher nur gewährleistet werden, wenn das bestehende Gebäude abgerissen und ein funktionaler Neubau errichtet werde, der den speziellen Gestaltungsvorschriften des Regierungsviertels entsprechen müsse.

Gestern im Landtag

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

1. Das Protokoll der Landtags-sitzung vom April wurde genehmigt.
2. Die FL-Initiative zur Subventionierung von Leichtmotorfahrzeugen wurde in 1. Lesung behandelt.
3. Die VU-Interpellation betreffend das Gesamtverkehrskonzept wurde an die Regierung überwiesen.
4. Die Beantwortung der VU-Interpellation betreffend das Öffentliche Auftragswesen wurde zur Kenntnis genommen.
5. Die Stellungnahme der Regierung zur VU-Interpellation betreffend die Zukunftsperspektive für die Oberschule wurde nach einer Diskussion zur Kenntnis genommen.
6. Die Beantwortung der VU/FL-Interpellation betreffend die Liegenschaften für den öffentlichen Personennahverkehr wurde zur Kenntnis genommen.
7. Die Petition «Kufsteiner Resolution» zum Schutz der Berge wurde nicht an die Regierung überwiesen.
8. Michael Ritter wurde mit 22 Stimmen zum Ad-hoc-Vorsitzenden für zwei VBI-Verfahren gewählt.
9. Markus Wanger wurde mit 25 Stimmen zum Ad-hoc-Vorsitzenden für zwei VBI-Verfahren gewählt.
10. Robert Beck und Siegbert Lampert wurden einhellig als Ad-hoc-Richter für eine StGH-Beschwerde gewählt.
- 10a. Andreas Batliner wurde einhellig als Ad-hoc-Richter für eine StGH-Beschwerde gewählt.
11. Die Beschwerdekommision für Bodenverbesserungen wurde neu bestellt.
12. Die Datenschutzkommission wurde gewählt.
13. Der Errichtung einer residierende Botschaft in Washington wurde einhellig zugestimmt.
14. Der Neubau für das Landesarchiv und für Verwaltungsräume der Regierung wurde bewilligt.
15. Sanierung der liechtensteinischen Krankenkasse mit anschließender Fusion wurde zugestimmt.

Heute im Landtag

- Um 9.00 Uhr wird der Landtag heute mit folgenden Traktanden fortgesetzt, wobei davon auszugehen ist, dass morgen ein weiterer Sitzungstag benötigt wird:
16. Nachtragskredite
 17. Finanzierung und strategische Ausrichtung der Lie-Comtel AG
 18. Schaffung eines Raumplanungsgesetzes, 3. Lesung
 19. Gesetz über den Elektrizitätsmarkt, 2. Lesung
 20. Abänderung Gesetz über die Rechtsanwälte, 2. Lesung
 21. Abänderung LKW-Gesetz, 2. Lesung
 22. Abänderung Mehrwertsteuergesetz, 2. Lesung
 23. Rechenschaftsbericht Landtag, Regierung und Gerichte 2001
 24. Genehmigung der Landesrechnung 2001
 25. Jahresbericht 2001 der AHV-IV-FAK-Anstalten
 26. LKW-Geschäftsbericht 2001
 27. Geschäftsbericht 2001 der liechtensteinischen Gasversorgung
 28. Geschäftsbericht 2001 der liechtensteinischen Post AG
 29. Geschäftsbericht 2001 der liechtensteinischen Bus Anstalt (LBA)
 30. Notentausch betreffend Zusammenarbeit mit der Schweiz im Bereich der Zivilluftfahrt
 31. Jahresbericht 2001 der Delegation bei den EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees
 - 31a. Anpassung der Entschädigung für den Präsidenten, seinen Stellvertreter sowie den Beisitzer des Obersten Gerichtshofes
 32. Personalplanung der liechtensteinischen Staatsanwaltschaft
 33. Neufassung des Lehrerdienstgesetzes
 34. Information über die Situation in der Verfassungsfrage
- Beantwortung Kleiner Anfragen